

24.02.2021

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

zu dem Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 17/6736 -

**Inklusion in den Arbeitsmarkt im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention  
weiterentwickeln – Gleichwertigen Zugang ermöglichen**

**Berichterstatlerin**

Abgeordnete Heike Gebhard

### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/6736 - wird abgelehnt.



**Bericht**

**A Allgemeines**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Inklusion in den Arbeitsmarkt im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln – Gleichwertigen Zustand ermöglichen“ (Drucksache 17/6736) wurde am 12. Juli 2019 vom Plenum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Beratung überwiesen.

Mit dem Antrag weist der Antragsteller auf die Verpflichtung Deutschlands im Rahmen der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hin, in allen Lebensbereichen umfassende Teilhabemöglichkeiten zu schaffen. Die Themenfelder seien dabei vielfältig. So bestehe aus Sicht des Antragstellers dringender Handlungsbedarf, Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Dafür bedürfe es einer wirksamen Gesamtstrategie, die umfassend über existierende Förderinstrumente informiert, neue individuelle und strukturelle Förderungen etabliert, eine stärkere Ansprache und Anreizschaffung von Inklusionsbetrieben betreibt und effektive Sensibilisierungsmaßnahmen bei öffentlichen Institutionen vorsieht. Auch müssten die Werkstätten noch stärker motiviert und unterstützt werden, den Übergang in den Allgemeinen Arbeitsmarkt zu stärken. Ebenso gelte es, weitere Wege zu identifizieren, die Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarkts motivieren, Menschen mit Behinderung einzustellen. So biete zum Beispiel das „Budget für Arbeit“ für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine wichtige Grundlage, die es jedoch zu erweitern gelte. Zudem müsse die Arbeit und die Finanzierung der Inklusionsbetriebe weiter ausgebaut werden. Im Weiteren wird auf die Drucksache 17/6736 verwiesen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reichte mit Datum vom 13. November 2020 einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Menschen mit Behinderung den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern – effiziente Unterstützung während und nach Krisenzeiten“ (Drucksache 17/11831) zu ihrem Antrag ein.

**B Beratung**

Der Antrag wurde in der 57. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 4. September 2019 erstmals aufgerufen und der Ausschuss hat einvernehmlich die Durchführung einer Anhörung zu dem Antrag auf Drucksache 17/6736 beschlossen (Ausschussprotokoll 17/712). Die Anhörung hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in seiner 70. Sitzung am 29. Januar 2020 durchgeführt (Ausschussprotokoll 17/892). Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Das nachfolgende Tableau enthält eine Übersicht der eingeladenen Sachverständigen und derer Stellungnahmen.

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
bag if – Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen e.V. Das Netzwerk inklusiver Unternehmen Büro Bielefeld Herrn Dr. Fritz Baur (1. Vorsitzender) Frau Claudia Rustige (Geschäftsführung), Bielefeld	<p style="text-align: center;"><b>Claudia Rustige</b></p>	<p style="text-align: center;">17/2189</p>

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
<p>Manfred Becker Dipl. Psychologe Fachmann und Autor für berufliche Teilhabe, Schulung, Projektberatung, Bonn</p>	<p><b>Manfred Becker</b></p>	<p>17/2173</p>
<p>G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH, Bottrop</p>	<p><b>Gustav Bölke</b></p>	<p>17/2190</p>
<p>Landesbehindertenrat NRW, Münster</p>	<p><b>Friedrich-Wilhelm Herkelmann Dr. Michael Spörke</b></p>	<p>17/2170</p>
<p>Michaela Nürnberger Bildung + Lernen gemeinnützige Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Kamen</p>	<p><b>Thorsten Schmitz</b></p>	<p>17/2193</p>
<p>Robert Schweizog Geschäftsführer Bildung IHK NRW - Die Industrie- und Handels- kammern in Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf</p>	<p><b>Robert Schweizog Christian Münch</b></p>	<p>17/2183</p>
<p>Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege NRW, Düsseldorf</p>	<p><b>Thomas Tenambergen</b></p>	<p>17/2168</p>
<p>Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen Vorsitzender der Geschäftsführung Herr Torsten Withake, Düsseldorf</p>	<p><b>Torsten Withake Markus Körsten</b></p>	<p>17/2176</p>

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landschaftsverband Rheinland, Köln	<b>Professorin Dr. Angela Faber</b>	17/2174
Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster	<b>Matthias Münning Michael Wedershoven</b>	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	<b>Martin Schenkelberg</b>	
Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln	<b>Mitvertretung durch die Landschaftsverbände</b>	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf		

<b>Weitere Stellungnahmen</b>	
Sozialverband Deutschland e.V., Düsseldorf	17/2166

Hinsichtlich der Ergebnisse der Anhörung wird auf das Ausschussprotokoll 17/892 verwiesen. In seiner 73. Sitzung am 4. März 2020 hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Aussprache über die Ergebnisse der Anhörung durchgeführt (Ausschussprotokoll 17/929). Sodann wurde die weitere Beratung des Antrags auf Wunsch des Antragstellers zunächst zurückgestellt.

In seiner 106. Sitzung am 24. Februar 2021 führte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/6736 zur Beschlussempfehlung an das Plenum herbei (Ausschussprotokoll 17/1310).

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wirbt hierbei um Zustimmung zu diesem wichtigen Thema.

Die **Fraktionen von CDU und FDP** erklären, dem Antrag nicht zustimmen zu können. Hinsichtlich des vorliegenden Entschließungsantrags - Drucksache 17/11831 - stehe man weiteren Gesprächen und einer gemeinsamen Initiative jedoch offen gegenüber.

**C Abstimmung**

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/6736 - abzulehnen.

Heike Gebhard  
(Vorsitzende)